

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interesse werden die herzlichsten Beiträge aber deren Raum in 15 Pf. berechnete des Hochvertrauens befreundeter Abonnenten, Redaktionen und Verlagsstellen zu geben. Berliner Straße 43. Verlagspreis: 10 Pf. Wilmersdorf, Berlin.

Einladung zum Abonnement

„Sächsische Volkszeitung“.

Dieselbe kostet nur 50 Pfg. pro Monat ohne Zustellung und bietet bei der weiten Verbreitung über ganz Sachsen den wirksamsten Erfolg auch bei

Inseraten jeder Art.

deren I gefaltene Beilage nur mit 15 Pfennigen berechnet wird. Bei Wiederholungen bedeutender Rabatt.

In der Romanbeilage beginnen wir morgen mit dem vortrefflichen Werke aus der Feder der bekannten Romanautorin Frau Anna Schuffert-Klinger

„Die Erben von Blankenstein.“

Die lebenswarmen Personen und die abwechslungsreiche Handlung wird nicht verfehlen, das Interesse unserer Leser in hohen Grade zu fesseln. Abonnenten, welche den Bezug unserer Zeitung mit 1. März beginnen, liefern wir den Anfang des Romanes kostenfrei nach.

Red. u. Geschäftsstelle der „Sächs. Volksztg.“

Wird der Reichshaushalt rechtzeitig fertig?

Der Monat Februar naht seinem Abschluß und der Reichstag tritt unbedingt am 22. März seine Osterferien an; es bleiben somit noch 22 Sitzungstage übrig und in diesen muß der größte Teil des Etats, namentlich der Militär- und Marineetat durchberaten werden. Ob das möglich ist, erscheint sehr zweifelhaft, und deshalb dürfen wir die Frage erheben: Ist es denn absolut notwendig?

Der Reichstag hat es allerdings als ein gutes Verkommen angesehen, immer auf den 1. April mit der Etatsberatung fertig zu werden, und es ist ihm das auch stets gelungen; aber unbedingt notwendig ist das nicht. Man darf nur auf die anderen Länder einmal blicken. Frankreich ist das historische Land, in welchem jedes Jahr ein oder zwei Budgets genehmigt werden, ehe der Gesamtetat verabschiedet wird. In einzelnen deutschen Bundesstaaten sieht es noch schlimmer aus; da wird seit einer Reihe von Jahren der Etat auf 1. Juli fertig, während er schon vom 1. April ab Stellung haben soll; ein Notgesetz wird hier nicht einmal beschlossen. Man regiert einfach weiter, als wenn der Haushalt schon genehmigt worden wäre. Wenn also der Reichstag durch ein Notgesetz für ein oder 3 Monate die Geldmittel bewilligen würde, so liegt hierin wohl eine Ausnahme von dem üblichen Gebrauche, aber keineswegs etwas Außerordentliches. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß es nicht wünschenswert ist, den Etat rechtzeitig fertigzustellen und daß alles geschehen muß, um dieses Ziel zu erreichen.

Aber hier kann der Reichstag nicht allein alles machen, auch die Regierung hat die Pflicht, das Ihrige zu tun und dies hat sie neuer grüßlich verüßelt. Der Reichstag hätte

einen ganzen Monat früher zusammentreten sollen, dann wäre die Zeit dagewesen, um die sozialpolitische Debatte noch vor Weihnachten vornehmen zu können, was jetzt erst nach Neujahr geschehen konnte.

Ueberflüge Leute geben in verschiedenen Zeitungen den Abgeordneten den Rat, weniger zu reden; dann gehen die Verhandlungen rascher. Das ist vollständig richtig. Jedoch haben die Abgeordneten das Recht und die Pflicht, ihre Ansichten auszusprechen; deshalb opfern sie Zeit und Geld in Berlin. Wir sehen es sogar als ein gutes Zeichen an, daß jetzt von den bürgerlichen Parteien entschiedener in die Debatte eingegriffen wird. Im letzten Reichstage stand man viel zu sehr auf dem Standpunkte: man läßt die Sozialdemokraten einfach reden und gibt ihnen keine Antwort. Diese Taktik ist verfehlt; in der ganzen Öffentlichkeit erscheinen dann die sozialdemokratischen Abgeordneten als die Beherrscher der Situation; ihre Anschauungen gehen unwiderprochen in das Land, und so wird die Reichstags-Tribüne zur billigen Agitationsstätte für die Sozialdemokratie.

Wenn jetzt im neuen Reichstage auf den Angriff der letzteren sofort die Antwort und der Gegenstoß erfolgt, so ist dies nur zu begrüßen und man kann nur wünschen, daß die bürgerlichen Parteien stets so auf dem Poßen stehen mögen. Allerdings ist es auch Aufgabe der verbündeten Regierungen, durch Einführung von Vätern oder Tagelohnern für ein beschlußfähiges Haus zu sorgen, damit überflüssige Debatten verhindert werden können.

Ein zweites sozialdemokratisches Capua.

K. Berlin, den 25. Februar 1904.

Im höchsten Grade parteipolitisch entrißung hat Vebel auf dem Dresdner Parteitag das revisionistische München als ein Capua der Sozialdemokratie bezeichnet und schmerzlich berührt ausgesprochen: „Niemand wandert ungetraut unter Vebels Füßen!“ Doch ist München nur ein geistiges Capua; schlimmer sieht es vor den Toren der Reichshauptstadt in Charlottenburg aus. Man kann sich jetzt schon den überlegenen und gut gezielten Hieb denken, den Herr von Vollmar führen wird, sobald er völlig hergestellt ist und mit Vebel zusammenlagert. Wie angenehm hat er es auch, wenn er darauf hinweisen kann, daß unmittelbar unter Vebels Augen, in Vebels Nachbarort, ein weit schlimmeres Capua sich befindet, daß in Charlottenburg in der Tat die sittliche Korruption innerhalb der Sozialdemokratie einen „Höhepunkt“ erreicht hat, wie er in keiner einzigen Partei sonst möglich sein kann!

Die Geschichte mit dem Genossen Görke ist noch in aller Erinnerung, obwohl der „Vorwärts“ sich eifrig bemühte, alles zu verheimlichen, alles zu verunkeln; man hat jetzt Görke nur den Mund verbunden, aber nicht eine einzige der von ihm enthüllten Tatsachen zu widerlegen gesucht. Görke selbst hat auch nicht eine Zeile der von ihm mitgeteilten Behauptungen zurückgenommen, sondern nur die Substantivierung der Schrift selbst bedauert, weil sie gegen die Partei ausgenutzt worden ist. Die Tatsache bleibt also bestehen, daß die führenden Charlottenburger Genossen eine Günstlingswirtschaft sondergleichen betreiben, die Kranken

lasse für ihre Leute auszuliegen, mit den Parteibeiträgen der Spielwut huldigen u. a. m.

Raum aber hat man dem unbequemen Görke den Mund gestopft, als jetzt der leiberrige Sozialdemokrat und frühere Distriktsarzt von Lappel Kapstadt in den Charlottenburger Zeitungen seinen Austritt aus dem dortigen sozialdemokratischen Verein und aus der sozialdemokratischen Partei überhaupt erklärt. Auch er spricht in dieser Erklärung von den „Gewaltmaßnahmen Görkes“, deselben Führers, gegen den auch Görke sich wenden mußte, ja er redet weiter von „Gewaltmaßnahmen wie Görke und seine Trinkschüler“, die keinen Raum lassen für einen Mann, „der für Richtigkeit und sittliche Hebung der Arbeiterklasse wirken will“. Aber der adelige Genosse geht noch einen Schritt weiter und schreibt: „Daselbe traurige Bild zeigt sich in der ganzen Parteileitung“, denn in dieser liegt ein Mann, dem man öffentlich entgegenhalten durfte, daß er „an Säuferswahn sinn leide“.

Der „Vorwärts“ schweigt natürlich wieder, weil er im Falle Görke geschwiegen hat, bis ihm die bürgerliche Presse den Mund öffnete; so muß es auch heute wieder geschehen. Interessant ist es, daß es gerade die jüdischen Genossen sind, die immer des Terrorismus angeklagt werden; so Görke in Charlottenburg, Parvus in München, Koch in Danau, Rosa Luxemburg, Wurm in Berlin und wie sie alle heißen! Man kann nur Mitleid mit den Arbeitern haben, die so an der Nase herumgeführt werden und dabei noch um ihre betteligen Güter kommen.

Reichstag.

e. Berlin, 42. Sitzung am 25. Februar 1904.

Der Reichstag hat heute in raschem Tempo die Einzelberatung des Etats der Reichseisenbahnen zu Ende geführt und dann die Beratung des Etats der Reichspostverwaltung begonnen. Zuerst wurde die Resolution über die Heilmittelangelegenheit beraten, die auch am Schluß der Sitzung mit einer sehr großen Mehrheit Annahme fand. Der Antrag Reichshausen Wachen lautet: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Heilmittelangelegenheitsbericht für das Deutsche Reich zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen. v. Reichshausen (sonst) begründet den Antrag, indem er bedauert, daß die verbündeten Regierungen auf diesem Gebiete so lange geizig haben. Die Sache in launig ironisch. Ein solcher Beschlusseinstimmungsbericht enthält einmal eine legale Idee; die Macht der Kamille wird durch ihn wieder gestärkt werden.

Staatssekretär Reberding: Der Regierung fehlt es nicht an Herz und Verständnis für den kleinen Grundbesitz; nur ist die Frage, ob durch das Demutrechtgesetz dies erreicht wird, noch nicht gelöst. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Vereine hat sich gegen diese Sache ausgesprochen. Aber trotzdem ist man in der Regierung nicht unartig gewesen; seit Jahren schweben die Verhandlungen über die Länge des Reichsgütergesetzes in eine mehr formal juristische, auch sind Anträge an dieses nicht gelangt. Wenn der Reichstag die Resolution annimmt, werden die verbündeten Regierungen die Frage eingehend prüfen. — (Gehört frei, Ber.): Der Grundbesitz hat das Bauernlegen am nächsten betroffen und ist somit schuld an der heutigen unangenehmen Verteilung von Grund und Hebe. Dazu kommt noch, daß der preussische Staat immer mehr Domänen bildet. Die heutigen Genossen genähren schon, um den Kleingrundbesitz zu erhalten. Der Kamillist wird nicht geliebt, wenn nur der Erbgeborene das Gut erhält. — (Vahl, Ber.): Ein solches Gesetz würde den Bauern nur nutzlos nützen. Der freie Mann hat auf, wenn man demütigen einführt; diese sind nur kleine Mittelkammern. — Dr. Wachen (Jr.): Wer den Beschlusseinstimmungsbericht nicht zu solchen Ausführungen kommen, wie die beiden Vorredner. (Zehr richtig.) Der Antrag bringt

Christus im Gebetsleben des Katholizismus.

Vor einigen Jahren hat ein in Deutschland reisender Japaner seine Reiseindrücke veröffentlicht und über die Religionsverhältnisse des deutschen Reiches geschrieben; im Norden beten sie einen Mann an und im Süden eine Frau.

Nicht viel mehr Verständnis und Kenntnis des katholischen religiösen Lebens wie dieser Japaner verraten mancherlei Darstellungen deselben, welche aber nicht von einem Japaner stammen und auch nicht in Japan erscheinen, sondern im deutschen Reich selber.

Wenn man diesen Verichten Glauben schenkt, so ist Christus im Gebetsleben des Katholizismus völlig in den Hintergrund gedrängt worden, bis eben eine gründliche Reform: Christus wieder in den ihm gebührenden Mittelpunkt gerückt hat.

Nur aus solchen vorgefaßten Meinungen werden Urteile verständlich, die eines hochförmlichen Beigekchmads nicht entbehren, so wenn z. B. ein deutscher Hochschullehrer es besonderer Erwähnung wert findet, daß ein sterbender Papst (Leo XIII.) in seinem letzten Gedichte auf seinem Sterbebett an den allerbarmenden Erlöser Christus sich gewendet habe.

Was für einen Katholiken selbstverständlich ist, das findet man befremdlich, wittert dahinter sogar einen gewissen Abfall vom Katholizismus und was dergleichen Halluzinationen noch mehr sind. Ist es denn gar so schwer, bei einigermaßen guten Willen dem Katholizismus gerecht zu werden? Man würde bei näherem Zusehen finden, daß Christus im Katholizismus im Mittelpunkt des Gebetslebens steht, wie nur irgendwo. Da haben erst jüngst die „Dijter. vol. Blätter (1904, I. S. 14), in deren ultramontanen Charakter niemand sonst den geringsten Zweifel zu setzen pflegt, in einem Artikel „Die weltgeschichtliche Stellung des Weltverlösers“ geschrieben:

„Worin besteht das Fortwirken Christi? Darin, daß er von den Seelen Besitz ergreift. Es gibt keinen überzeugten katholischen Christen, dessen religiöses Leben nicht

in einer persönlichen Beziehung zu Christus anginge, die im wesentlichen nicht länger sein könnte, wenn persönlicher Verkehr mit dem Herrn sie geknüpft hätte, noch wirksamer wäre, wenn Leben und Tod des Erlösers ihm allein angehörte. In den Jahren der Jugend, wie in den Tagen des Alters, in Süd und Unglück, in der einzigen Deimat, wie in jeder beliebigen Freude, in allen Lebenslagen und auf allen Lebenswegen sind seinem Glauben, Hoffen und Lieben die Worte, das Vorbild, die Gnade des Herrn stets gegenwärtig nahe Lebensbegleiter.“

Deutschler kann man die Sache wohl nicht anders denken. Sollte aber jemand vermuten, derartige Anschauungen seien bereits mehr oder weniger das Produkt des Milieus, in welchem der Katholizismus in Deutschland lebt, so muß, so möge es genügen, einen solchen zu erinnern an den Titel eines Büchleins, das in der ganzen katholischen Welt verbreitet ist, und worin dem Katholiken als Ziel seines sittlichen Strebens angelegentlich gepredigt wird die „Nachfolge Christi“.

Man redet sich gerne heraus, daß es im Mittelalter aber doch nicht so gewesen; nun, daß es auch damals „so“ gewesen und auch damals Christus den Mittelpunkt des Gebetslebens gebildet, das hat ja Tertius in seinem Lutherbuch mit einem so reichhaltigen Material nachgewiesen, daß man in Zukunft solche Märlein wohl unterlassen wird, wenn man sich nicht blamieren will.

Endlich: haben denn diese Herren, die mit solchen Fabeln ihre Leser und Hörer traktieren, jemals auch einen Blick geworfen in die katholische Liturgie? Wissen sie denn nicht, daß diese Liturgie im Festkreis des Kirchenjahres das Leben, Leiden und Wirken Christi begleitet, daß hier der Gottmensch Christus in der Advents- und Weihnachtszeit, in der Fastenzeit mit ihrem ergreifenden Evangelienklaus, in dem Oster- und Pfingstfestkreis dem Katholiken von seiner Kirche vor Augen geführt und zur „Nachfolge“ vorgestellt wird. Mit dem Apostel Paulus sagt die katholische Kirche: „Ich predige Euch Christum, den Kreuzigten“ und als Ziel ihrer Tätigkeit betrachtet sie das

Wort deselben Apostels (Eph. 1, 10), das eben erst Papst Pius X. als ihr Programm aufgestellt hat: in-totum omnia in Christo; alles wieder aufzurichten in Christus!

Pilatus von Felix Dahn.

„Pilatus“, der vielgelästerte, aber treffliche freimüthig-protestantische Gegner Duenbrochs, wendet sich nun auch gegen Felix Dahn, welcher in dem bekannten „Lob- und Duenbroch-Zeich“ über den angeblich „jehudischen“ Grundhau „Der Jüdel heiligt das Mittel“ gegen die Jesuiten Stellung genommen hatte. Er wies ihm verschiedene Irrtümer nach, die schließlich Felix Dahn selbst eingeben mußte. Er schreibt dann:

„Was wird man eigentlich den Jesuiten so zähmendes vor? — Bisher hieß es immer: „Der Jüdel heiligt das Mittel“, „Inramen, mord“ usw. Heute hören wir Duenbroch erklären: „Ja, der Jüdel heiligt die Mittel, das haben auch die Anderen gelehrt, Katholiken wie Protestanten.“ Das Gleiche gibt Dahn überaus auf den Tarnamentord zu. Wenn dem aber so ist und es ist so, warum wirkt man es den Jesuiten allein vor und nicht allen Vereinigten, Protestanten wie Katholiken? — Ich möchte endlich einmal eine klare, livae Antwort auf die Frage: „Was nennt man jehudisch, d. h. was macht man der Gesellschaft Jesu und nur ihr, eigentlich zum Vorwurf? — Ich bin neugierig, ob diese Antwort erfolgen wird. Herr Professor Dahn behauptet, daß der Habar der Jesuitenorden ursprünglich von neuem so mild wie im Beginn des XVI. Jahrhunderts erbraunt ist. Niemand bestreut diese Tatsache mit ihm mehr als ich. Dahn kann auf ein reiches, bewegtes Leben von 70 Jahren zurückblicken; er hat noch die Zeit erlebt, wo die religiösen Verhältnisse verumändert schienen, wo schließlich die Konfessionen mit und nebeneinander wurden, wo endlich die Konfessionen an den Beginn des Streites und sich endlich trafen, wer an ihm die Schuld trägt. Und er als der ehrliche, wahrheitsliebende Gelehrte, der er ist, er muß wohl erkennen: Schändlich ist gewiß auf beiden Seiten worden, aber daran, daß in den 70 Jahren und jetzt von neuem der Name die häßliche Form angenommen, das haben im ersten Fall die überantenen Nonnetten, im zweiten die „Arenyäne“ des Evangelischen Bundes in das katholische Volksgeliebte und das Gebiet der katholischen Moralkissenschaft verschuldet. Daß von katholischer Seite die Antworten auf solche Angriffe auch nicht immer ein schönes Bild bewahren, wer wollte das unseren katholischen Mitbürgern verargen?“

Felix Dahn hat hierauf bis jetzt nicht geantwortet.